

Nachrichten aus Brüssel

Berufsanerkennungsrichtlinie

Mitte März fiel in Brüssel der offizielle Startschuss für die Überarbeitung der sogenannten EU-Berufsanerkennungsrichtlinie. Auf Einladung der Europäischen Kommission trafen sich europäische Berufsverbände, um über ihre Erfahrungen mit der Richtlinie zu berichten. Die europäische Zahnärzteschaft war durch den Council of European Dentists (CED) und dessen Präsidenten Dr. Wolfgang Doneus aus Österreich hochrangig vertreten. Die Berufsanerkennungsrichtlinie aus dem Jahr 2005 zieht den maßgeblichen Rahmen für die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen in der EU. Sie umfasst unter anderem Bestimmungen über Zahnärzte und deren Ausbildung. Zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren und die schleppende Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht zeigen, dass die Richtlinie in vielen EU-Mitgliedsstaaten noch nicht reibungslos funktioniert. Trotz Kritik schafft die Richtlinie aus Sicht der deutschen Zahnärzteschaft jedoch eine gute Balance zwischen Erleichterung der Freizügigkeit, Verwaltungsvereinfachung und Qualitätssicherung im Interesse der Patienten. Die deutschen Zahnärzte plädieren dafür, weitere Erfahrungen mit der Richtlinie zu sammeln, bevor eine Revision in Angriff genommen wird.

Neue Generaldirektorin

Paola Testori Coggi wird neue Generaldirektorin der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz. Die 57-jährige Biologin aus Italien arbeitet seit 1983 für die Europäische Kommission und befasste sich in den vergangenen Jahren intensiv mit Fragen der Lebensmittelsicherheit. Damit stehen zwei Südeuropäer an der Spitze der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz. Als Spitzenbeamte der Europäischen Kommission haben die Generaldirektoren maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Dienststellen. Sie sind auf der Beamtenebene das Pendant des jeweiligen Kommissars. Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik der EU ist John Dalli aus Malta.

Kommission: „Jetzt handeln“

Ende März 2010 stellte die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2010 mit dem Titel „Jetzt handeln“ vor. Durch die Neuwahl der Kommission hatte sich die Präsentation des diesjährigen Arbeitsprogramms verzögert. Ziel der Kommission ist, vor allem die Folgen der anhaltenden Wirtschaftskrise zu überwinden. Ganz ausdrücklich soll der Bürger stärker in den Mittelpunkt der EU-Politik gerückt werden. Insgesamt werden von der Kommission 34 strategische Prioritäten hervorgehoben und über 280 konkrete Einzelmaßnahmen für die kommenden Monate in Aussicht gestellt. Im Gesundheitsbereich sollen dabei ein neuer eHealth-Aktionsplan, ein Gesetzgebungsvorschlag zum Schutz von Arbeitnehmern vor elektromagnetischen Feldern und die Überarbeitung der Medizinprodukterichtlinie im Mittelpunkt stehen.

Kritik am Einsatz von Amalgam

Schweden kritisiert die andauernde Nutzung von Amalgam zu zahnärztlichen Zwecken. Auf der Tagung der EU-Gesundheitsminister Mitte März 2010 in Brüssel mahnte der schwedische Vertreter an, die aus dem Jahr 2005 stammende EU-Quecksilberstrategie rasch zu überarbeiten. Europa soll zum weltweiten Vorreiter bei der Reduzierung des Quecksilberverbrauchs werden. Nach dem Willen der Skandinavier soll die künftige EU-Quecksilberstrategie auch Wege aufzeigen, wie die Verwendung von Amalgam für Zahnfüllungen europaweit möglichst rasch unterbunden werden kann. Ohne auf die Amalgamfrage einzugehen, hat die Europäische Kommission mittlerweile angekündigt, die EU-Quecksilberstrategie bereits bis Ende 2010 überarbeiten zu wollen. Bis Sommer 2010 soll eine Expertengruppe Erfahrungsberichte sammeln und die Quecksilberstrategie bewerten.

Dr. Alfred Büttner
Stellvertretender Leiter des
Brüsseler Büros der Bundeszahnärztekammer